



# Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

43/2013 25.10.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer



Neu:

*Barbara Leitl-Staudinger*

## [Einführung ins öffentliche Recht](#)

Das Studienbuch „Einführung ins öffentliche Recht“ stellt das österreichische Verfassungs- und Verwaltungsrecht in seinen Grundzügen und unter Bedachtnahme auf die unionsrechtlichen Zusammenhänge dar und berücksichtigt bereits das Recht der **Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012**.

28 EUR, 4. Auflage, 226 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2013, ISBN 978-3-902883-09-4



*Fachbereich Öffentliches Recht der Johannes Kepler Universität Linz (Hg)*

## [20 Jahre UVS](#)

Die UVS haben im Jahre 1991 ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Anspruch, dem sie gerecht zu werden hatten, war kein geringerer, als die EMRK mit dem österreichischen Verwaltungsrecht zu versöhnen. Die Unabhängigen Verwaltungssenaten haben die in sie gesetzten Erwartungen bestens erfüllt. Die vorliegende Festschrift nimmt den 20jährigen Bestand des UVS Oberösterreich zum Anlass für einen Rück- und einen Ausblick.

50 EUR, VIII und 201 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Mai 2011, ISBN 978-3-99008-095-5

## I. Bundesgesetzblatt

### [BGBl II 306/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Handelstransparenzausnahmen-Verordnung** geändert wird

### [BGBl II 307/2013](#) ([Anlage 1](#), [Anlage 2](#), [Anlage 3](#), [Anlage 5](#), [Anlage 8](#), [Anlage 8a](#), [Anlage 8b](#))

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die **Staatsbürgerschaftsverordnung 1985** geändert wird

[BGBl III 286/2013 \(Anlage\)](#)

Vertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung von **Georgien** über **Entwicklungszusammenarbeit**

[BGBl III 287/2013 \(Anlage\)](#)

Übereinkommen über den **internationalen Schutz von Erwachsenen**

## II. Amtsblatt der EU

[ABl L 282 v 24.10.2013, 3](#)

Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik **Kap Verde** zur Erleichterung der **Erteilung von Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt** für Bürger der Republik Kap Verde und der Europäischen Union

## III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

### A. Verfassungsgerichtshof

13.09.2013, [B 1443/2012](#)

**VersammlungsG**; Verletzung der **Versammlungsfreiheit** durch **Untersagung einer Versammlung** gegen die Schließung des Werksbades Donawitz; Befürchtung von Auseinandersetzungen wegen zeitlicher und örtlicher Kollision mit einem behördlich angemeldeten Maifest nicht ausreichend

13.09.2013, [B 1458/2012](#)

**ÄrzteG**; kein Entzug des **gesetzlichen Richters** durch Milderung der über einen Arzt rechtskräftig verhängten **Disziplinarstrafe** in einem **wiederaufgenommenen Verfahren**

13.09.2013, [B 349/2013](#)

**AVG**; **Beamten-DienstrechtsG 1979**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Zurückweisung der Anträge auf Nichtigerklärung rechtskräftiger Einleitungs- und Unterbrechungsbeschlüsse in einer Disziplinarangelegenheit; keine Präjudizialität von **Geschäftseinteilungen der Disziplinarkommission**

13.09.2013, [B 374/2013 ua](#)

**Wr BesoldungsO**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch die Verpflichtung von Beamten der Stadt Wien zum **Ersatz zu Unrecht empfangener Geldleistungen** wegen gleichzeitigen Bezugs einer Zulage für bestimmte Notfallsanitäter des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes sowie einer Gefahrenzulage; vertretbare Annahme des **Fehlens der Gutgläubigkeit** der Leistungsempfänger und der Pflicht zu weiteren Nachforschungen im Hinblick auf die ordnungsgemäße Kundmachung der Nebengebührenkataloge 2009 bis 2012

13.09.2013, [B 589/2013](#)

**ZiviltechnikerG**; **ZiviltechnikerkammerG**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Verhängung einer **Disziplinarstrafe über einen Architekten** wegen Führung des Bundeswappens in einem Werbeauftritt auf seiner Website trotz ruhender Befugnis

13.09.2013, [B 834/2013](#)

**GlücksspielG; StGB;** Verletzung des Zweitbeschwerdeführers im Recht auf ein Verfahren vor dem **gesetzlichen Richter** durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen unternehmerischer **Zugänglichmachung verbotener Ausspielungen** nach dem GlücksspielG; Zurückweisung der Beschwerde des Zweitbeschwerdeführers gegen einen dem Berufungsbegehren voll Rechnung tragenden Ausspruch; ebenso Zurückweisung der Beschwerde der erstbeschwerdeführenden Gesellschaft mangels Legitimation

13.09.2013, [B 918/2013](#)

**GlücksspielG;** Verletzung im Gleichheitsrecht durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen unternehmerischer **Zugänglichmachung verbotener Ausspielungen** nach dem GlücksspielG mangels Ermittlung des möglichen Höchstesatzes an den verfahrensgegenständlichen Glücksspielgeräten

16.09.2013, [U 852/2013](#)

**AsylG;** Entzug des gesetzlichen Richters durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung der Beschwerdeführerin in den Kosovo infolge **unrichtiger Zusammensetzung des Spruchkörpers** des Asylgerichtshofes im Hinblick auf den geltend gemachten Fluchtgrund der Furcht vor sexuellen Übergriffen

16.09.2013, [U 1312/2013](#)

**AsylG;** Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan infolge völlig **widersprüchlicher Ausführungen zur Beweiswürdigung** betreffend die **Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens**

17.09.2013, [V 38/2013](#) (Anlassfall [B 387/2012](#))

**ÖffnungszeitenG; Ktn Öffnungszeiten-VO;** Gesetzwidrigkeit einer Bestimmung der Kärntner Öffnungszeiten-Verordnung 2010 sowie der Anlage B betreffend **Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe** in bestimmten Winterfremdenverkehrsregionen mangels sachlicher Abgrenzung des Kreises der – im Hinblick auf das Auswahlkriterium der Nächtigungszahlen in Verbindung mit den Einwohnerzahlen – aufgenommenen Gebiete

26.09.2013, [G 93/2012 ua](#)

**Stmk SozialhilfeG; Stmk SozialhilfeG-DurchführungsVO; Stmk SozialhilfeG-RegressVO;** keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch Bestimmungen zum **Pflegeregress**; ein Pflegeregress kommt nur bei einer „**zivilrechtliche Unterhaltspflicht**“ in Betracht; das Vorliegen einer Unterhaltspflicht ist in jedem Einzelfall durch die Behörde von Amts wegen zu prüfen; ein Pflegeregress scheidet insbesondere dann aus, wenn sich andere Verpflichtungen auf die Einkommenssituation dermaßen auswirken, dass eine Unterhaltsverpflichtung gegenüber der hilfsbedürftigen Person schon dem Grunde nach fehlt; keine Bedenken hinsichtlich der **Festlegung der Höhe der Ersatzpflicht** in nach der Einkommenshöhe gestaffelten Prozentsätzen

27.09.2013, [U 2141/2012 ua](#)

**AVG; AsylG;** Verletzung der Zweitbeschwerdeführerin im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch die neuerlich verfügte Ausweisung in die Russische Föderation mangels **Auseinandersetzung mit der fortgeschrittenen Schwangerschaft** im zweiten Verfahrensgang; Verletzung der übrigen Familienmitglieder durch die Ausweisung im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens**; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

01.10.2013, [B 489/2012 ua](#)

**SicherheitspolizeiG;** Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter durch Ablehnung der Zuständigkeit durch den UVS Wien; an der **Zuständigkeit des UVS** für Beschwerden von Menschen, die behaupten, in ihren Rechten – sei es durch die Ausübung unmittelbarer sicherheitsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt oder auf andere Weise durch die Besorgung der Sicherheitsverwaltung – verletzt worden zu sein, ändert auch der Umstand nichts, dass durch derartige Eingriffe im Ergebnis auch Daten ermittelt werden; der UVS ist somit auch zuständig bei Behauptung der Durchführung von **verdeckten Ermittlungen** ohne Rechtsgrundlage

02.10.2013, [G 58/2013](#)

**Hochschülerinnen- und HochschülerschaftsG; ZPO;** Aussichtslosigkeit eines Verfahrenshilfeantrags zur Einbringung eines Individualantrags auf **Aufhebung der die Pflichtmitgliedschaft** bei der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft vorsehenden Bestimmung(en) des Hochschülerinnen- und HochschülerschaftsG 1998 infolge **Möglichkeit der Erwirkung eines Bescheides**

02.10.2013, [B 1316/2012](#)

**GewO;** kein Entzug des gesetzlichen Richters durch Zurückweisung der Anmeldung des Gewerbes „Vermittlung von Kunden zu Buchmachern/Wettbüros unter Ausschluss der Tippannahme“ wegen Unzuständigkeit der Gewerbebehörde; Zuordnung der **Tätigkeit des Wettkundenvermittlers** angesichts der Vergleichbarkeit mit der – nicht in den Anwendungsbereich der Gewerbeordnung fallenden – Tätigkeit der Buchmacher und Totalisateure zur **Landeskompetenz**; Einordnung in den selbständigen Kompetenztatbestand der Privatgeschäftsvermittlung nicht zwingend; kein Eingriff in das – im Hinblick auf das Diskriminierungsverbot – auch für Unionsbürger geltende Recht auf Freiheit der Erwerbsbetätigung

## B. Verwaltungsgerichtshof

11.09.2013, [2010/04/0113](#)

**GaswirtschaftsG; Einräumung von Dienstbarkeiten** im Enteignungsweg für den dauernden Bestand und sicheren Betrieb sowie die Instandhaltung von Erdgashochdruckleitungen; die **Parteistellung** desjenigen, dessen Grundstück unmittelbar in Anspruch genommen wird, ist nicht einwendungsbezogen wie die des (bloßen) Nachbarn; es muss aus dem Blickwinkel der „Präklusion“ ausreichen, wenn sich der Eigentümer gegen die Maßnahme ausspricht; aufgrund der auferlegten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Erhaltung einer ausreichenden Erdgasinfrastruktur kann dem Gesetzgeber nicht zugesehen werden, er hätte die **Entziehung oder Beschränkung von Grundeigentum** nur vor oder während der Errichtung der genannten Leitungsanlagen zulassen wollen

12.09.2013, [2011/04/0002](#)

**UmweltverträglichkeitsprüfungsG;** Verhängung eines Straferkenntnisses wegen **Schotterabbautätigkeiten ohne rechtskräftiger Genehmigung** nach dem UmweltverträglichkeitsprüfungsG; mit einer Abbautätigkeit darf erst nach Rechtskraft der UVP-Genehmigung begonnen werden, um die **Umgehung der UVP** durch Aufteilung eines Gesamtvorhabens auf einzelne Teile zu verhindern; die BVB konnte im Rahmen einer verfassungsrechtlich zulässigen Delegation entscheiden; das „Betreiben“ eines UVP-pflichtigen Vorhabens ohne die nach diesem Bundesgesetz erforderliche Genehmigung ist nach seinem Wortlaut ein fortgesetztes Begehungsdelikt

18.09.2013, [2010/03/0173](#)

**UmweltverträglichkeitsprüfungsG;** das Beschwerdevorbringen, für das Gesamtprojekt (grenzüberschreitende Führung der Rohölleitung von Schwechat nach Bratislava) wäre die **Durchführung einer UVP** geboten (gewesen), geht insofern fehl, als dass nicht über die Genehmigung der Errichtung und Inbetriebnahme der genannten Leitung entschieden wurde, sondern lediglich über eine Neufestlegung der Trasse

18.09.2013, [2011/03/0231](#)

**TelekommunikationsG 2003; AVG;** bei der **Hintanhaltung von Gefährdungen** handelt es sich um die Wahrnehmung öffentlicher Interessen, die von der zur Bewilligung zuständigen Behörde von Amts wegen zu prüfen sind; auf die Ausübung des der Behörde nach § 68 Abs 2 bis 4 AVG eingeräumten **Abänderungs- und Behebungsrechts** steht niemandem ein Anspruch zu; der beabsichtigte Betriebsstandort einer Funkanlage bestimmt grundsätzlich die örtliche Zuständigkeit für das Bewilligungsverfahren nach § 81 Abs 1 iVm § 74 Telekommunikationsgesetz 2003 betreffend Errichtung und Betrieb

19.09.2013, [2011/01/0184](#)

**SicherheitspolizeiG;** in Angelegenheiten des § 77 Abs 2 SicherheitspolizeiG ist **mangels Zuständigkeitsregelung** im SicherheitspolizeiG die BVB gem § 2 AVG zuständig; der gegenteiligen Auffassung, wonach alle örtlich in Betracht kommenden Sicherheitsbehörden zur **erkennungsdienstlichen Behandlung** zuständig seien, ist nicht zu folgen, bezieht sich § 14 Abs 1 SicherheitspolizeiG doch nicht auf sicherheitspolizeiliche Verfahren, die bescheidmäßig abzuschließen sind

19.09.2013, [2011/01/0225](#)

**StPO**; auf Ansuchen sind für die Rechtsanwaltschaft oder das Notariat geprüfte Rechtsverständige in die **Verteidigerliste** aufzunehmen, sofern nicht Umstände vorliegen, die eine Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft oder dem Notariat zur Folge haben; es besteht keine Verpflichtung zu einer (von Amts wegen vorzunehmenden) jährlichen Überprüfung des Fortbestehens der Eintragungsvoraussetzungen mit Blick auf die Vertrauenswürdigkeit; gem § 39 Abs 3 StPO aF zählt unter anderem die **Vertrauenswürdigkeit** iSd § 5 Abs 2 RechtsanwaltsO zu den Voraussetzungen für eine Eintragung in die Verteidigerliste

26.09.2013, [2010/07/0219](#)

**WasserrechtsG; AbfallwirtschaftsG**; Amtsbeschwerde gegen die abfallwirtschaftsrechtliche Genehmigung einer Sickerwasservorbehandlungsanlage; die **Amtsbeschwerdebefugnis** nach § 33b Abs 10 WasserrechtsG setzt einen rechtskräftigen Bescheid voraus, weshalb sich ein Verständnis als Vorschrift über das Verfahren iSd § 38 Abs 1a AbfallwirtschaftsG verbietet; § 33b Abs 10 WasserrechtsG ist keine Bestimmung über die **Parteistellung** iSd § 38 Abs 1a AWG 2002; eine **Interessenabwägung** iSd § 33b Abs 10 WasserrechtsG kann ohne Bezug auf die nachvollziehbar darzustellenden wasserwirtschaftlichen Verhältnisse nicht durchgeführt werden

27.09.2013, [2010/05/0166](#)

**AVG; NÖ BauO**; ist ein Anbringen iSd **§ 13 Abs 3 AVG** mangelhaft, so steht es im Ermessen der Behörde, entweder einen **förmlichen Verbesserungsauftrag** zu erteilen oder aber die Behebung des Mangels auf andere Weise zu veranlassen; die Gemeindebehörden haben weder einen Verbesserungsauftrag zur Vorlage der nach § 62 Abs 3 und 4 NÖ BauO 1996 erforderlichen Nachweise erteilt noch sonst die Bf zu einer Präzisierung ihres Antrages und zu entsprechenden Be-weisanboten aufgefordert

27.09.2013, [2012/05/0212](#)

**Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010**; Durchführung von **Untersuchungen über die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse im Elektrizitätsbereich**; die belangte Behörde ist nicht verpflichtet, die Auskunftsverlangen und Datenabfragen an die ihrer Überwachung und Aufsicht unterliegenden Elektrizitätsunternehmen gleichzeitig zu stellen; die Frage, zu welchen Daten Abfragen beantwortet werden müssen, hat nichts mit dem grundsätzlichen **Rückwirkungsverbot** zu tun; keine Auseinandersetzung mit dem Vorbringen der Bf, dass einige der abgefragten Daten in dieser Form bei ihr nicht vorhanden sind; bei dem genannten **Fristende** handelt es sich um einen vor Erlassung des angefochtenen Bescheides liegenden und daher für die Bf nicht erfüllbaren Termin

27.09.2013, [2012/05/0213](#)

**Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010**; Durchführung von **Untersuchungen über die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse im Elektrizitätsbereich**; bei einem Teil der angefragten Informationen handelt es sich nicht um „Daten“, sondern um weit darüber hinausgehende „**Strategien**“, die die wesentlichen Eckdaten ihrer Geschäftstätigkeit umfassen; Begründung des angefochtenen Bescheids bildet keine tragfähige Grundlage für eine Beurteilung, ob die Beantwortung der gestellten Zusatzfragen für die Wahrnehmung der Aufgaben der E-Control erforderlich und angemessen sind und welche konkreten Daten übermittelt werden sollen, zumal der Begriff „Strategie“, einen sehr weiten Interpretationsspielraum offen lässt

## IV. Gerichtshof der Europäischen Union

### A. Gerichtshof

[22.10.2013, Rs C-276/12, Sabou](#)

Richtlinie 77/799/EWG – **Gegenseitige Amtshilfe** zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der **direkten Steuern – Informationsaustausch auf Ersuchen** – Steuerverfahren – Grundrechte – Begrenzung des Umfangs der Pflichten des ersuchenden Mitgliedstaats und des ersuchten Mitgliedstaats gegenüber dem Steuerpflichtigen – Keine Verpflichtung, den Steuerpflichtigen über das Auskunftersuchen zu informieren – Keine Verpflichtung, den Steuerpflichtigen

zur Teilnahme an der Vernehmung von Zeugen zu laden – Recht des Steuerpflichtigen, die ausgetauschte Information in Frage zu stellen – Mindestinhalt der ausgetauschten Information

#### 22.10.2013, Rs C-137/12, Kommission / Rat

**Nichtigkeitsklage** – Beschluss 2011/853/EU des Rates – **Europäisches Übereinkommen über den rechtlichen Schutz von Zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten** – Richtlinie 98/84/EG – Rechtsgrundlage – Art 207 AEUV – **Gemeinsame Handelspolitik** – Art 114 AEUV – **Binnenmarkt**

#### 22.10.2013, verb Rs C-105/12 bis C-107/12, Essent ua

Vorabentscheidungsersuchen – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 AEUV – Eigentumsordnungen – Art 345 AEUV – **Elektrizitäts- und Gasverteilernetzbetreiber – Privatisierungsverbot** – Verbot von Verbindungen zu Unternehmen, die Elektrizität oder Gas erzeugen, liefern oder vertreiben – Verbot von Tätigkeiten, die dem Interesse des Netzbetriebs zuwiderlaufen könnten

#### 22.10.2013, Rs C-95/12, Kommission / Deutschland

**Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nationale Regelung, die für bestimmte **Beschlüsse der Aktionäre der Volkswagen AG** eine **Sperrminorität von 20 %** vorsieht

#### 24.10.2013, Rs C-440/12, Metropol Spielstätten Unternehmergesellschaft

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – **Glücksspiele mit Geldeinsatz** – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der auf den Betrieb von Geldspielautomaten mit begrenzter Gewinnmöglichkeit **kumulativ Mehrwertsteuer und eine Sonderabgabe** erhoben werden – Zulässigkeit – Bemessungsgrundlage – Abwälzbarkeit der Mehrwertsteuer

#### 24.10.2013, Rs C-431/12, SC Rafinăria Steaua Română

Steuerwesen – Mehrwertsteuer – **Erstattung des Mehrwertsteuerüberschusses durch Verrechnung** – Aufhebung der Verrechnungsbescheide – Verpflichtung zur **Zahlung von Verzugszinsen an den Steuerpflichtigen**

#### 24.10.2013, Rs C-277/12, Drozdovs

**Obligatorische Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 Abs 1 – Richtlinie 90/232/EWG – Art 1 – Verkehrsunfall – **Tod der Eltern des minderjährigen Antragstellers** – **Schadensersatzanspruch des Kindes** – Immaterieller Schaden – Schadensersatz – Deckung durch die Pflichtversicherung

#### 24.10.2013, Rs C-275/12, Elrick

**Unionsbürgerschaft** – Art 20 AEUV und Art 21 AEUV – **Recht auf Freizügigkeit und auf freien Aufenthalt** – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats – **Studium in einem anderen Mitgliedstaat – Ausbildungsförderung** – Voraussetzungen – **Mindestens zweijährige Ausbildungsdauer** – Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschlusses

#### 24.10.2013, Rs C-220/12, Thiele Meneses

**Unionsbürgerschaft** – Art 20 AEUV und 21 AEUV – **Recht, sich frei zu bewegen und aufzuhalten** – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats – **Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat** – Gewährung von **Ausbildungsförderung** – Voraussetzung des ständigen Wohnsitzes – **Ausbildungsstätte im Wohnsitzstaat des Antragstellers oder in einem Nachbarstaat** – Begrenzte Ausnahme – Besondere Umstände in der Person des Antragstellers

#### 24.10.2013, verb Rs C-214/12 P, C-215/12 P und 223/12 P, Land Burgenland / Kommission

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Staatliche Beihilfen** – Für rechtswidrig und mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar erklärte Beihilfe – **Beihilfe, die der Versicherungsgruppe Grazer Wechselseitige (GRAWE) im Rahmen der Privatisierung der Bank Burgenland AG gewährt wurde** – **Ermittlung des Marktpreises** – **Ausschreibungsverfahren** – Keine Auswirkungen rechtswidriger Bedingungen auf das höchste Angebot – **Kriterium des ‚privaten Verkäufers‘** – Unter-



scheidung zwischen den dem Staat obliegenden Verpflichtungen danach, ob er in Ausübung seiner hoheitlichen Befugnisse oder als Anteilseigner handelt – **Verfälschung von Beweisen** – Begründungspflicht

#### [24.10.2013, Rs C-180/12, Stoilov i Ko](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Wegfall einer Rechtsgrundlage der im Ausgangsverfahren in Rede stehenden Entscheidung** – **Keine Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefragen** – Erledigung

#### [24.10.2013, Rs C-177/12, Lachheb und Lachheb](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Soziale Sicherheit** – Verordnung Nr 1408/71 – **Familienleistung** – **Kinderbonus** – Nationale Regelung, nach der eine Leistung als Kinderbonus ohne Antrag gewährt wird – **Nichtkumulierung** von Familienleistungen

#### [24.10.2013, Rs C-175/12, Sandler](#)

**Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif** – **Präferenzregelung** für die Einfuhr von Waren mit Ursprung in den **Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP)** – Art 16 und 32 des Protokolls Nr 1 zu Anhang V des **Cotonou-Abkommens** – Einfuhr synthetischer **Spinnfasern aus Nigeria** in die Europäische Union – Unregelmäßigkeiten in der von den zuständigen Behörden des Ausfuhrstaats ausgestellten Warenverkehrsbescheinigung EUR 1 – Nicht mit dem der Kommission übermittelten Musterabdruck übereinstimmender Stempelabdruck – Nachträgliche Bescheinigungen und Ersatzbescheinigungen – Zollkodex der Gemeinschaft – Art 220 und 236 – **Möglichkeit der nachträglichen Anwendung eines zum Zeitpunkt des Erstattungsantrags nicht mehr gültigen Präferenzzollsatzes** – Voraussetzungen

#### [24.10.2013, Rs C-77/12 P, Deutsche Post / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – **Entscheidung der Kommission, das Verfahren nach ex-Art 88 Abs 2 EG zu eröffnen** – **Nichtigkeitsklage** – Mit einer Nichtigkeitsklage anfechtbare Handlungen – Handlungen, die verbindliche Rechtswirkungen erzeugen sollen – Frühere Eröffnungsentscheidung, die dieselben Maßnahmen betrifft

#### [24.10.2013, Rs C-22/12, Haasová](#)

**Obligatorische Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 Abs 1 – Richtlinie 90/232/EWG – Art 1 – Verkehrsunfall – **Tod eines Fahrzeuginsassen** – **Schadensersatzanspruch des Ehegatten und des minderjährigen Kindes** – Immaterieller Schaden – Schadensersatz – Deckung durch die Pflichtversicherung

## **B. Schlussanträge**

#### [24.10.2013, Rs C-616/11, T-Mobile Austria \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsangleichung – Zahlungsdienste – **Generelles Verbot der Erhebung von Verwaltungsentgelten für die Nutzung eines Zahlungsinstruments** – Vertrag zwischen einem Betreiber von Digital-Telefonie und Privatpersonen

#### [24.10.2013, Rs C-461/12, Granton Advertising \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – **Entscheidung der Kommission, das Verfahren nach ex-Art 88 Abs 2 EG zu eröffnen** – **Nichtigkeitsklage** – Mit einer Nichtigkeitsklage anfechtbare Handlungen – Handlungen, die verbindliche Rechtswirkungen erzeugen sollen – Frühere Eröffnungsentscheidung, die dieselben Maßnahmen betrifft

#### [24.10.2013, Rs C-396/12, van der Ham und van der Ham-Reijersen van Buuren \(GA Kokott\)](#)

Gemeinsame Agrarpolitik – Verordnung (EG) Nr 1698/2005 – **Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes** – **„cross-compliance“** – Kürzung von Zahlungen bei **Verstoß gegen Beihilfeanforderungen** – Begriff des **„vorsätzlichen Verstoßes“** – **Zurechnung des schuldhaften Verhaltens eines Dritten**

## C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

## V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.10.2013, Beschwerde Nr. [55508/07](#) ua, *Janowiec ua / Russland*

Keine Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung); Beschwerde von Angehörigen der **Opfer**, die in einem Massaker 1940 getötet wurden, wegen unzureichender **Untersuchung** der Vorkommnisse durch Behörden; **keine Kompetenz zur Anwendung der EMRK** auf Sachverhalte, die **vor** ihrer **Ratifikation 1950** geschehen sind; **fehlende Unterstützung** Russlands bei Ermittlungen des Gerichtshofs infolge der Verweigerung der Übermittlung von relevanten Dokumenten

21.10.2013, Beschwerde Nr. [42750/09](#), *Del Río Prada / Spanien*

Verletzung von **Art 5 Abs 1** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 7 EMRK** (Keine Strafe ohne Gesetz); **Hinauszögerung der Entlassung** der wegen **Terrorismus** zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Bf aufgrund der Einführung eines **neuen Gesetzes**; **fehlende Vorhersehbarkeit** für Bf im Zeitpunkt der Verurteilung, dass neues Gesetz in ihrem Fall angewendet bzw. Entlassung um 9 Jahre verzögert wird; Verpflichtung zur ehestmöglichen Entlassung der Bf

## [Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### Disclaimer

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### Impressum

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.



**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.